STADT AHRENSBURG - Beschlussvorlage -		Vorlagen-Nummer 2020/036
öffentlich		
Datum 12.05.2020	Aktenzeichen I.1.1	Federführend: Frau Blossey

Betreff

Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfbericht des Jahresabschlusses 2017

Beratungsfolge Gremium Hauptausschuss	Datum 15.06.2020	Berichterstatter		
Finanzielle Auswirkungen:		JA	X	NEIN
Mittel stehen zur Verfügung:		JA		NEIN
Produktsachkonto:				
Gesamtaufwand/-auszahlungen:				
Folgekosten:				
Bemerkung:				
Berichte gem. § 45 c Ziff. 2 der Gemeindeordnung zur Ausführung der Beschlüsse der Ausschüsse:				
	Statusbericht			
X	Abschlussbericht			

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme der Verwaltung zum Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 der Stadt Ahrensburg wird zur Kenntnis genommen.

Sachverhalt:

Das Rechnungsprüfungsamt prüft u. a. den Jahresabschluss der Stadt Ahrensburg und fasst Hinweise und Empfehlungen in einem Schlussbericht zusammen. Im Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 (vgl. **Anlage**) hatte das Rechnungsprüfungsamt gebeten, die im Bericht enthaltenen Hinweise aufzugreifen und über die Umsetzung im Rahmen einer Stellungnahme zu berichten. Gemäß § 7 der Hauptsatzung ist der Hauptausschuss für Rechnungsprüfungsangelegenheiten zuständig.

Zu den Prüfhinweisen nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Seite 10 - Stellungnahme zum Prüfbericht durch Verwaltungsleitung bis 01/2020

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt über diese Vorlage erst im Juni 2020.

Seite 13/14 - Schaffung der organisatorischen, technischen und personellen Voraussetzungen für die Inventur

Bei der Durchführung von Testinventuren hat sich herausgestellt, dass die bestehende Inventurrichtlinie noch fehler- und lückenhaft sowie nicht umfassend praxistauglich ist. Die zuständige Arbeitsgruppe hat im Herbst 2019, unter Beteiligung des RPA, die Inventurrichtlinie für Folgeinventuren der Stadt Ahrensburg, den Inventurrahmenplan (Sach-, Personal- und Zeitplan) und die Inventurformen je Bilanzposition (Buch-, Beleg- und körperliche Inventuren) verwaltungsintern abgestimmt. Die Entwürfe wurden bislang noch nicht in Kraft gesetzt. Darüber hinaus müssen die technischen Voraussetzungen in Form der Beschaffung einer Inventurhardware zur Kennzeichnung des beweglichen Vermögens sowie die personellen Voraussetzungen in Form von Benennung der Inventurleitung sowie Inventurverantwortlichen geschaffen und bereitgestellt werden. Die Umsetzung erfolgt in 2020.

Seite 29/30 - Neubaugebiet Erlenhof/Spielplatz Auestieg: Nachaktivierung von Kosten

Die Stadt Ahrensburg hat am 30.01.2019 einen Grundstücksüberlassungsvertrag mit Dritten geschlossen. Der Vertragsgegenstand ist mit allen gesetzlichen Bestandteilen und sämtlichen Zubehör und mit sofortiger Wirkung an die Stadt übergeben worden. Die Stadt ist 2019 wirtschaftlicher Eigentümer der Erschließungsanlage geworden. Das unentgeltlich erworbene Vermögen ist im Jahresabschluss 2019 zu bewerten und zu bilanzieren. Voraussetzung für die korrekte Bilanzierung ist, dass die Voraussetzungen aus den §§ 12 ff des Erschließungsvertrages nach § 24 BauGB erfüllt sind.

Seite 30/31 - Kunstrasenplatz SSC Hagen: Korrektur der Restnutzungsdauer

Die Restnutzungsdauer für den Kunstrasen-Sportplatz ist, nach Überprüfung des Sachverhaltes, im Jahresabschluss 2019 von 10 auf 8 Jahre korrigiert worden.

Seite 38/39 - Städtebauliches Sondervermögen: Speicher als Anlagevermögen bilanzieren, nicht als Anlage im Bau

Der Hinweis des RPA ist im Jahresabschluss 2018 umgesetzt worden. Da sich der Speicher in Nutzung befindet, ist dieser als Anlagevermögen und nicht als Anlage im Bau zu führen. Der durch Notarvertrag nachgewiesene Kaufpreis für den Speicher in Höhe von 555.506,23 € wurde aufgrund der Sanierungsbedürftigkeit des Gebäudes aufgeteilt. Das Gebäude wird nunmehr mit einem Restbuchwert von 1,00 € und das Grundstück mit einem Anschaffungspreis von 555.505,23 € geführt.

Seite 40/41 - Durchführung von Pauschalwertberichtigungen

Die Durchführung von Pauschalwertberichtigungen ist erstmalig im Jahresabschluss 2018 erfolgt. Aufgrund der Terminenge zur Vorlage des Jahresabschlusses 2018 bei dem Rechnungsprüfungsamt und der Kommunalaufsicht bis zum 21.12.2019 sowie des in der Finanzbuchhaltung noch nicht umgesetzten Forderungsmanagements, war es jedoch nicht mehr möglich, die Wertberichtigungen mit Einzelanalyse der Forderungen vorzunehmen. Mit dem Rechnungsprüfungsamt wurde daher ein abweichendes Verfahren abgestimmt. Für die Festsetzung der Ausfallquote der Pauschalwertberichtigung wurde der Durchschnitt der Ausfallquoten der Jahre 2014 bis 2017 der Stadt Wedel – als vergleichbare Kommune – zugrunde gelegt. Ab dem Jahresabschluss 2019 werden die Ausfallquoten der Stadt Ahrensburg ermittelt.

Seite 47 - Korrektur Sonderposten – Zuwendung des Kreises für die Woldenhornschule

Nach der Analyse des öffentlich-rechtlichen Vertrages und der Abwägung der einschlägigen Gesetzesparagrafen und Verordnungen kommt der FD I.1 zu dem Schluss, dass die von Kreis Stormarn erhaltenen Zuwendung gem. § 40 (5) GemHVO-Doppik als zweckgebundener Sonderposten zu passivieren und ertragswirksam entsprechend der Zweckbindungsfrist aufzulösen ist. Eine Umbuchung der Anzahlung auf Sonderposten in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten erfolgt daher nicht. Es ist jedoch eine Korrektur der Sonderpostenkosten gem. Bereichsabgrenzung durchgeführt worden.

Seite 56 - Einführung des Rechnungsworkflows

Für die Einführung des Rechnungsworkflows besteht bereits seit einigen Jahren eine Projektgruppe. Diese hat sich in 2019 in neuer Zusammensetzung zu mehreren Projektbesprechungen getroffen. Mitglieder der Projektgruppe sind Mitarbeiter der IT, der Organisation, sowie des Bereichs Finanzen. Es ist geplant, zunächst für den FD I.3 den Rechnungsworkflow im Sommer einzuführen. Nach erfolgreich abgeschlossener Testphase und Fehlerbehebung sollen dann im Laufe des Jahres sukzessive alle anderen Fachdienste nach und nach auf den Rechnungsworkflow umgestellt werden. Die Umstellung soll Ende 2020 abgeschlossen sein.

Seite 57 - Kassenprüfung durch die Kassenaufsichtsbeamtin

Die Kassenprüfung in der Finanzbuchhaltung durch die dafür zuständige Fachdienstleitung I.1 als Kassenaufsicht hat erstmalig am 25.09.2019 stattgefunden. Die Kassenprüfung wurde in Zusammenarbeit mit dem Rechnungsprüfungsamt vorgenommen.

Seite 58 - Einrichtung eines zentralen Forderungsmanagements

Aus einer permanenten Überwachung, Bewertung und Abstimmung der offenen Forderungen mit den Fachdiensten/Auftraggebern, ergeben sich vielfältige Vorteile. Letztendlich ist dies auch eine Voraussetzung für die zügige Aufstellung des Jahresabschlusses. Die Organisationsverfügung zur Einführung eines Forderungsmanagement ist grundsätzlich vorbereitet sowie inhaltlich mit dem RPA abgestimmt - derzeit aber noch nicht wirksam. Für die Vervollständigung des Vorgangs (Umsetzung der Organisationsverfügung) sind aktualisierte Stellenbeschreibungen des Fachdienstes I.4 notwendig.

Aktuell sind sowohl die Stelle der Fachdienstleitung als auch der stellvertretenden Fachdienstleitung vakant. Beide Besetzungsverfahren befinden sich in Vorbereitung bzw. in Abstimmung. Hierzu gehören auch die Überarbeitung der Stellenbeschreibungen und die dementsprechende Berücksichtigung des Forderungsmanagement. Eine der vordringlichsten Aufgaben der neuen Stelleninhaber*innen wird die Umsetzung der Organisationsverfügung und die Gewährleistung eines rechtssicheren Forderungsmanagement sein.

Seite 59 - Innerdienstliche Regeln: Reduzierung auf das notwendige Maß, rechtskonforme Aktualisierung und Umsetzung

Eine fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppe unter der Federführung von I.3 hat in 2020 die Arbeit aufgenommen. Die vorhandenen Dienstweisungen wurden kategorisiert, in „aktuell“, „zu überarbeiten“ und „verzichtbar“. In 2020 soll ein Großteil der bestehenden Anweisungen aktualisiert werden.

Gemeinsam mit dem Personalrat wird die Dienststelle parallel auch die Aktualisierung bestehender Dienstvereinbarungen vorantreiben.

Seite 61/62 - Sanierung Sanitärtrakt Sporthalle Schulzentrum Am Heimgarten:
Nichtbeachtung des Dienstweges beim Vergabevermerk

Der Einschätzung des RPA wird gefolgt, die entsprechende Freizeichnung durch die zuständige Fachbereichsleitung ist nicht erfolgt. Die Regelungen werden künftig beachtet.

Seite 64 - Zentrale Vergabestelle: Ausweitung der Zuständigkeit auf alle Vergaben
und interne Bekanntgabe des Aufgabengebietes

Durch die Besetzung von 0,5 Stellen in 2019 hat die zentrale Vergabestelle im Fachdienst IV.1 ihre Arbeit aufgenommen. Nach einer Einarbeitungszeit und der Einrichtung bzw. Klärung von Rollen wurden diverse Vergabeverfahren begleitet, der Einstieg in die elektronische Vergabe aktiv umgesetzt und auf Basis des erneuerten höherrangigen Rechts die Ausschreibungs- und Vergaberegeln neu gefasst. Die Praxis hat gezeigt, dass gerade die Begleitung der Vergabeverfahren einen erheblichen zeitlichen Umfang ausmacht, deshalb wurde mit dem Stellenplan 2020 die Einrichtung einer zusätzlichen 0,5 Stelle beschlossen. Die personelle Verstärkung soll die Rechtssicherheit der Verfahren gewährleisten und die Fachdienste von formalen Vorgängen entlasten.

Das Verfahren zur Besetzung der zusätzlichen 0,5 Stellen befindet sich derzeit in Abstimmung zwischen IV und I. In diesem Zusammenhang sollen auch noch bestehende Verfügungen und Anordnungen kritisch geprüft und gegebenenfalls erneuert werden.

Michael Sarach
Bürgermeister

Anlagen:

Schlussbericht RPA zum Jahresabschluss 2017